

Correspondent.

Wochenblatt Preis 10 Pf. 14. Jahrgang n. 2. Ausgabe 14. 1908. monatl. 28 Pf., n. 2. Teil 1.20 Pf., bei Bestellung 12. 1908. 2.50 Pf., monatl. 40 Pf., 50 Pf. 1. Jahrgang 5 Pf., nach Ansehen mit Postzuschlag. — Das Blatt erscheint wochentlich 1 mal wochentlich und 2 mal wochentlich. — In den Anzeigenstellen ist ein Ansehen zu machen. — Nachdruck unserer Mitteilungen ist ohne schriftliche Genehmigung gestattet. — Für Abgabe unentgeltlicher Anzeigen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sonnt. Illust. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Monatsbeilage.
sonnt. landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotizen.

Abonnement für ein Jahr 10 Pf., für 6 Monate 6 Pf., für 3 Monate 3 Pf., für 1 Monat 1 Pf. 10 Pf. 14. Jahrgang n. 2. Ausgabe 14. 1908. monatl. 28 Pf., n. 2. Teil 1.20 Pf., bei Bestellung 12. 1908. 2.50 Pf., monatl. 40 Pf., 50 Pf. 1. Jahrgang 5 Pf., nach Ansehen mit Postzuschlag. — Das Blatt erscheint wochentlich 1 mal wochentlich und 2 mal wochentlich. — In den Anzeigenstellen ist ein Ansehen zu machen. — Nachdruck unserer Mitteilungen ist ohne schriftliche Genehmigung gestattet. — Für Abgabe unentgeltlicher Anzeigen keine Verantwortlichkeit.

Nr. 288. Dienstag den 8. Dezember 1908. 35. Jahrg.

Über die deutschen Schulpläne für China

machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz, in der Verhandlung der Deutschen Kolonialgesellschaft bemerkenswerte Ausführungen. Der neue Kolonialetat enthält für Klaufschou die Anforderung einer Summe für die Begründung deutscher Behrnanstalten für Chinesen. Es sollen in Tjingtau eine Reihe von Schulen in systematischem Aufbau errichtet werden, und zwar eine Anstalt, die man etwa als Realschule bezeichnen könnte als Unterbau und, auf diese sich aufbauend, mehrere fachwissenschaftliche Schulen, nämlich eine technische und eine medizinische, eine staatswissenschaftliche und eine forst- und landwirtschaftliche Anstalt, alle diese zusammen sollen gewissermaßen eine deutsch-chinesische Hochschule bilden. Alle anderen Nationen haben längst schon mit großen Mitteln sich der Aufgabe gewidmet, für die Verbreitung ihrer Sprache und Kultur in Ostasien zu wirken. Deutschland allein, dessen Handel in jenen Ländern doch an einer der ersten Stellen steht, hat bisher keinerlei nennenswerten Einfluss auf das chinesische Schulwesen gewonnen, und dabei dieser ohne Überhebung wohl sagen, daß das deutsche Schulwesen hinter dem jeder anderen Nation zurücksteht. Befanlich werden gerade gegenwärtig in China mit großer Energie die Bestrebungen zu einer Reform des Schulwesens betrieben. Die leitenden Stellen in China sind sich hierbei völlig klar, daß eine moderne Gestaltung des chinesischen Bildungswesens die unentbehrliche Grundlage jeder lebensfähigen Modernisierung des Staatswesens bilden muß. Man hat in den führenden Kreisen in China dabei volles Verständnis und viel Sympathie für eine Beteiligung gerade des deutschen Schulwesens bewiesen. Diese Sympathie macht sich in der Bereitwilligkeit geltend, die geplanten deutschen Schulen sowohl durch bare chinesische Staatszuschüsse als auch durch die Zurechtweisung eines geeigneten Schulermaterials und fernerhin durch die Zulassung der von unsren Anstalten abgehenden Schüler zu den chinesischen Staatsprüfungen und Staatsstellungen zu fördern. Wenn der Reichstag die erforderlichen Mittel bewilligt, so werden wir in der Lage sein, mit der chinesischen Regierung ein Abkommen zu treffen, das alle die genannten Punkte in einer beiderseitigen befriedigenden Weise regelt. Voraussetzung hierbei ist aber, daß wir nicht lange zögern, es handelt sich dabei, wie Herr v. Tirpitz betonte, keineswegs um unverhältnismäßig große Summen. Die gesamte Schulanlage wird bis zu ihrer Fertigstellung etwa 600 000 Mk. an einmaligen Ausgaben und mit Vollbetrieb etwa 130 000 Mk. an fortlaufenden Ausgaben erfordern. Der Reichstag hat für das laufende Etatsjahr eine kleine Bewilligung zur Vorbereitung des ganzen Planes bewilligt. Diese Summe ist zu Vorstudien in China selbst verwendet worden, und man kann jetzt mit einem nach jeder Richtung durchgearbeiteten Plane hervortreten. Nahezu aber muß es auch unser allerdingendster Wunsch sein, daß keine weitere Verzögerung für das deutsche Vorgehen eintritt. Denn wenn wir den gegenwärtigen günstigen Zeitpunkt vorüberstreifen lassen, so werden wir nach Ansicht des Staatssekretärs aller Voraussicht nach nie wieder eine gleich vorteilhafte Gelegenheit finden. China würde es nicht verstehen, wenn das große Deutsche Reich sich außerhande erklärt, mit seinen kulturellen Hilfsmitteln an den ihm willig gebotenen Plänen zu treten. Andere Nationen würden sich ohne allen Zweifel damit, diesen Platz einnehmen. Es sei klar, daß beiläufig unsere wirtschaftlichen Ansichten in Ostasien einen schweren und nie wieder gutzumachenden Stoß erleiden würden. Das deutsch-chinesische Schulprojekt habe aber, so schloß der Redner, noch eine weitere Bedeutung. Es zeige jedem, daß wir in Ostasien nichts anderes anstreben, als eine friedliche Beteiligung am Wirtschaftsleben und an der neu aufstrebenden kulturellen Entwicklung jenes Gebietes. Und mit aller Bestimmtheit möchte ich auch an dieser Stelle, wie so oft schon,

es aussprechen, daß insbesondere die Marineverwaltung die ihr bei der Entwicklung des deutschen Schulgebietes in Ostasien gestellte Aufgabe lediglich darin aufsaßt, einen festen Stützpunkt zu schaffen, von dem aus jene friedlichen kulturellen Bestrebungen ihren Ausgang nehmen können über die weiten und zukunftsreichen Gebiete Ostasiens hin.

Ein Vertrauensvotum für die auswärtige Politik des italienischen Ministeriums

hat am Freitag, wie schon in vor. Nr. kurz gemeldet, die Deputiertenkammer beschlossen, indem sie mit 297 gegen 140 Stimmen den Antrag Fusinato annahm, in dem die äußere Politik der Regierung gebilligt wird. Dem Beschluß gingen zwei bedeutende Ministerreden vorher, indem Tittoni und nach ihm Giolitti die Richtlinien der auswärtigen Politik Italiens abmalen ließen. Der Minister des Auswärtigen, Tittoni, setzte große Hoffnungen auf den Zusammentritt einer neuen Orientkonferenz. Hierbei und über Verhältnis zu Österreich äußerte sich der Minister zunächst wie folgt: Die Verhandlungen der Konferenz werden den Vorteil bieten, daß vermieden wird, daß man sich hinsichtlich territorialer Kompensationen, die die Konferenz nicht gewähren würde, Diskussion hingibt. Die Angst an der Unvergleichlichkeit von Wien vorgelommenen Konflikte kann man nur bedauern, und ich bedaure sie lebhaft. Der Minister des Auswärtigen darf den Größten der Nation nicht fremd lassen, sondern darf feststellen, daß ein Bündnis mit einer Größe, die er bedeutet, seine eigene Stimme in Unabhängigkeit vernehmen zu lassen. Natürlich können wir uns aber formell nicht in die inneren Angelegenheiten Österreichs mischen. Es ist aber den beiden verbündeten und befreundeten Regierungen gestattet, sich gegenseitig in verträglicher Weise auf Entschlossenheiten zu machen, die bei den beiden Völkern Sympathie oder Groll erwecken können. Das habe ich zu gelegener Zeit getan und bin dabei auf die beste Aufnahme getroffen. Die österreichische Regierung hat durch öffentliche Erklärungen Maßregeln versprochen, die der Sanction des österreichischen Parlamentes unterliegen. Man darf nicht vergessen, daß kein Vertrag der Welt einen Druck von außen dulden würde. Jedermann, auch der Ingeborgte, muß also in Ruhe abwarten. Tittoni wies dann die Befähigung zurück, in seiner Rede von Carate bewiesen zu haben, daß er die Unvergleichlichkeit von Verträgen keine Wichtigkeit beimesse und daher die Hoffnungen erneut zu haben. Er unterzog nunmehr sehr eingehend Kritik, jedoch etwas von dem, was er gelang hatte, zurückzunehmen. Tittoni erklärte weiter, man mag die Anexion Bosniens und der Herzegovina vom Standpunkte der internationalen Doktrin oder der internationalen Praxis betrachten, sie kann nicht als eine Frage angesehen werden, die nur die Türkei und nicht die anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages anginge. Österreich-Ungarn, das eine einseitige Lösung der Frage einer gesetzlichen Lösung mit Zustimmung aller interessierten Mächte vorgeschlagen hat, hat in Europa eine schwierige und ungewisse Lage geschaffen, die auf die innere Lage anderer Staaten eine Mitwirkung hatte und unsere Politik hart geführt hat. Redner wies sodann darauf hin, daß auch Österreich-Ungarn das Prinzip der Unvergleichlichkeit der Verträge ohne Zustimmung der Signatarmächte in dem Protokoll der Vondoner Konferenz am 17. Januar 1871 proklamiert habe. Er, Redner, habe daher alsbald die Zweckmäßigkeit der Konferenz erkannt und sich in diesem Punkte in Übereinstimmung mit dem russischen Minister des Auswärtigen Gortschakoff befunden, der sich in dieser Angelegenheit nach Paris, London und Berlin begeben habe. Tittoni wies sodann nach, daß von einer Abtreuung des Trentino kein Blickpunkt und der Erneuerung des Dreibundes niemals die Rede gewesen sei. Es gebe sogar wiederholte, bestimmte und formelle gegenseitige Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung, was den Dreibund anlangt, nicht angeht, fuhr Tittoni fort, so ist dieser Punkt deklariert, da man den Inhalt des Vertrages nicht ohne Zustimmung der mitbeteiligten Parteien bekannt geben könne. Aber er betätigte allerdings, daß, bevor man an die Anexion Bosniens dachte, auch, abgesehen von dem Berliner Vertrage, die Interessen Italiens in Albanien und in Libanien durch den Dreibund gefährdet wurden. Er betonte hierauf, daß diese Garantie die Eventualität neuer Okkupationen ins Auge faßte, sich also nicht auf die bereits erfolgte Okkupation Bosniens beziehen konnte. Der Minister stellte sodann eingehend die Vorgänge vor der Anexion Bosniens und der Herzegovina dar, indem er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückwies und betonte, daß die italienische Regierung stets davon

ausging, daß im Falle einer Änderung des status quo auf dem Orient das Nationalitätsprinzip maßgebend sein sollte und daß sie stets die aufrechtste Sympathie für die kleinen Balkanstaaten bewiesen habe. Aber sie habe nicht eine Lage ändern können, die seit 30 Jahren mit Zustimmung der ganzen Welt — Italien eingerechnet — in Bosnien und der Herzegovina geschaffen worden war. Tittoni erklärte weiter, er hege Sympathie für Serbien und Montenegro, und sage dann fort: Italien mußte den beiden Ländern aber das selbe sagen, was ihnen Ausland gesagt hat, nämlich, das wir zu ihren Gunsten nur eine diplomatische Aktion unternehmen können. Wir haben sie deshalb ermahnt, sich nicht auf Abenteuer einzulassen, deren Folgen sie allein zu tragen haben würden. Allerdings müssen Serbien und Montenegro ihre Streitlinien einziehen. Wenn alle Balkanstaaten einen engen Bund schließen und so einen höheren Schutz bieten werden gegen alle Anschläge auf ihre Integrität, dann werden die Begreiflichkeiten aufhören und der Orient wird nicht mehr eine fährliche Gefahr und Drohung für den europäischen Frieden sein. Was die Türkei betrifft, so hat die dort in friedlicher Weise durchgeführte Revolution gezeigt, einen viel reicheren Einfluß die Frucht anzuhängen. Italien besitzt das neue Regime in der Türkei mit Sympathie. Wir haben mehr als andere ein Interesse, es zu unterstützen und daran, daß die Türkei glückselig und hart sei. Unsere Bemühungen um den Frieden und den Fortschritt der Balkanstaaten vereinigen sich mit denjenigen der anderen Mächte, besonders mit denjenigen Englands. Ich habe mich bemüht, Rußland und Italien in näherer Beziehung zu bringen und die Annäherung Italiens und Rußlands ist heute eine vollendete Tatsache, die nicht ohne wichtige Folgen für die Zukunft sein wird. Der Minister erklärte, daß Italien mit den näher angelegenen Mächten sich verständlich habe, um die gleiche Fertigkeit der Donau — Adria-See, von der Serbien und Montenegro ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erwarten zu können. Der Minister stellte sodann mit Befriedigung fest, daß das neue Regime in der Türkei alle Mißverständnisse und jene Unwissenheiten zwischen Italien und der Türkei entfernt habe und daß die geschlossenen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen ein Gezeuge von so aufrichtiger gegenseitiger Sympathie und von solchem Vertrauen trügen wie nie zuvor. Redner besprach sodann die für die Anexion möglichen Kompensationen und erklärte, außer der Besetzung Bosniens könnten jetzt nur zwei Artikel des Berliner Vertrages als die Interessen Italiens schädigend angesehen werden, nämlich die Artikel 25 und 26. Nachdem diese Artikel ausgeföhren oder geändert sein würden, könnte Italien die Versicherung geben, seine Interessen in der besten Weise gewahrt zu haben. Der Minister wies dann darauf hin, wie wichtig es für Italien sei, daß der Artikel 25 unterdrückt und Artikel 29 abgeändert werde, und heilte fest, daß alle diejenigen, die sich seit 1878 mit diesem Punkte beschäftigt hätten, übereinstimmend ausgeföhren haben, daß die Anexion Bosniens und der Herzegovina die Interessen Italiens widersprechen ausföhren.

Zum Schluß beleuchtete der Redner die allgemeinen Ziele der von Italien verfolgten auswärtigen Politik wie folgt:

Ich frage mich, ob die jüngsten Ereignisse unsere Haltung gegenüber den verbündeten Staaten und befreundeten Nationen ändern müssen. Ich glaube fest, daß wir in unserer Politik der Bündnisse und Freundschaften, die wir bisher verfolgt haben, verharren sollen, weil es die einzige Politik ist, die unseren Interessen entspricht und die Italien machen kann. Das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn, dem wir treu bleiben, darf kein Hindernis sein für unsere traditionelle Freundschaft mit England, für unsere erneuerte Freundschaft mit Frankreich und für unsere jüngste Verständigung mit Rußland. Während wir im Ansehen mit Sympathie als ein fortwährender Freund des Friedens und des Gleichgewichts angesehen werden, fordern in Italien einige unruhige und ungebändigte Geister von uns, daß wir wählten sollen zwischen Bündnissen und Freundschaften. Diese Forderung lehne ich kategorisch ab. Die letzte auswärtige Politik der Regierung ist die einzige, die für Italien rationell ist. Der Minister hob in seinem weiteren Ausföhren den Zusammenhang zwischen der auswärtigen Politik und den militärischen Ausgaben hervor und wies entschieden die der Regierung angeführte Ansicht zurück, daß Italien stets nachgeben müsse, weil es sich fürchten müsse. Ein Minister jedoch, der ohne einen sehr schwerwiegenden und entscheidenden Grund das Land in einen unruhigen Krieg führen würde, beging ein Verbrechen gegen das Vaterland und gegen die Menschlichkeit. Es sei nicht, daß von der Regierungsbank dieses Wort ausginge, das, ohne unparteilich zu sein, dieses und Frieden verbringe. Zu diesem Sinne, fuhr der Minister fort, soll die Entwidlung unserer Mächte verstanden werden. Wer wirklich eine Politik des Friedens will, muß die Politik der Regierungen billigen. Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß die parlamen-

trische Debatte fruchtbar und lehrreich werden möge für die Regierung, für das Land und für das Parlament und daß alle sich vereinigen mögen in dem großen Gedanken der gemeinsamen Pflicht für das Interesse des Vaterlandes.

Montenegro. Der Kaiser hat die Montenegro-Delegation in Wien, die am 1. d. M. in Wien eintraf, mit dem Angegebenen Stimmverhältnis. Das wichtigste aus der Debatte ist das bei aller Dreihundstreue unauflösbar hervorgeratene Abbrechen Italiens von Österreich-Ungarn in der Orientfrage und die Annäherung an den neuen Dreihund-England-Franzosen in der Konferenzfrage. Italien ist für die Konferenz ohne Feuer und Flamme, während Österreich-Ungarn gar kein Wohl daraus macht, daß es die ganze Konferenz am liebsten ins Wasserland wälzt.

Zur Balkankrise

Man sieht in Wien, den akuten Charakter der Krise tunlichst zu verschleiern. So liegt u. a. eine gewisse Ablehnung des Zwischenfalls an der montenegrinischen Grenze vor. Die über einen Ueberfall auf eine österreichische Paroisse in der Bilek verbreiteten Gerüchte sind, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, unwahr. Der angeblich bei dem Ueberfall getötete Oberleutnant Trailler hat wegen einer Lebensangelegenheit Selbstmord begangen. Auffallend ist aber doch, daß die ungarische Presse ganz detaillierte Berichte über den Grenzvorfall bringt. Der „Kaiser Lloyd“ erhält aus zuverlässiger Quelle folgende Nachricht aus Mostar: Eine aus 70 Mann bestehende Abteilung des in Bilek stationierten 3. Bataillons des 88. Infanterie-Regiments unter Führung des Oberleutnants Desider Trailler begab sich am Sonntag, 29. November, auf die Negogowizier. Unmittelbar neben der montenegrinischen Grenze, aber noch auf herzegowinischer Seite, hörte man plötzlich Schüsse fallen, und Oberleutnant Trailler und 2 Infanteristen stürzten zusammen. Als nun eine große montenegrinische Truppe vortrat, gab die österreichische Truppenabteilung Schnellfeuer. Von den Montenegrinern fielen 34 Mann, die übrigen flüchteten. Die österreichische Abteilung kehrte nach Bilek zurück. Alle drei Verwundeten sind an ihren Wunden gestorben. Die Verwundete fand mit großem militärischen Pomp statt. Am 1. November erhielt der Beamte im Handelsministerium, Major Trailler, ein Bruder des Oberleutnants, ein Telegramm, in welchem er amtlich verständigt wurde, daß sein Bruder Desider schwer verwundet sei, er möge sofort nach Bilek reisen, wenn er ihn noch sehen wolle. Einige Stunden später erhielt er ein weiteres amtliches Telegramm, in dem er verständigt wurde, daß sein Bruder seinen Wunden bereits erlegen sei. In einem Ueberfall-Telegramm der „Abn. Ztg.“ heißt es, die Eltern des Oberleutnants hätten auf eine Anfrage die Auskunft erhalten, daß ihr Sohn Selbstmord begangen habe, doch scheint dies nicht richtig zu sein, da der Wunsch der Familie nach Ungarn gebracht und an Stellen geschickten zeigt, die nicht auf einen Selbstmord schließen lassen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Das Vorkommnis droht mit Ausdehnung des Vorkommens auf deutsche Gebiete, falls österreichisch-ungarische Subtilität unter anderer Flagge über Bremen oder Hamburg gehen sollten, um dann auf deutschen Schiffslinien nach Konstantinopel zu gelangen.

Bei der Vernichtung der österreichischen Post in Jaffa wurden nach der „Neuen Freien Presse“ auch zwei Postkisten mit Weihnachtsgeschenken des Deutschen Kaisers für das deutsche Hospital in Jerusalem ins Meer geworfen. Deutschland verlangt 150 000 Mk. Entschädigung.

Das Protokoll über die türkisch-montenegrinischen Verhandlungen ist am Freitag unterzeichnet worden. — Alle streitigen Grenzpunkte, mit Ausnahme von Jezero, wurden Montenegro zuerkannt.

Bei den Wahlen in der Türkei sind bisher 220 Deputierte gewählt worden. Davon sind 150 Mohammedaner, 33 Christen und 2 Jerealiten.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus beschwerte sich Abg. Kramarcz, daß man den tschechischen Abgeordneten Kofler aus dem Wiener Marzaphat hinausgeworfen hat. Präsident Reiskirchner verurteilte den Beschwerdeführer an den Bürgermeister. Nach dem ihm selbst zugegangenen amtlichen Bericht habe sich die Demonstration in keiner Weise gegen die tschechische Nation, sondern nur gegen die Person des Abgeordneten Kofler gerichtet. Als Protest gegen die Erklärung des Abgeordneten Kofler, die tschechische Wahlen seien, als der Präsident am Sonntag den Sitzungssaal betrat, wieder durch obenbetannten Reiskirchner zu demonstrieren und letzten diese Demonstration während der Befamtagung des Einlaufs fort. Das Haus trat abdam in die Fortsetzung der Budgetberatung ein. — Der Akademie der Senat

der Prager Deutschen Universität hat an das kaiserliche und unterrichtsmäßig einen Bericht gefaßt, in welchem er nach eingehender Erörterung der Vorgänge in Prag seit dem 18. Oktober zu folgendem Schluß gelangt: Der Akademische Senat sieht sich genötigt, die Verantwortung für eine gezielte Leitung der Angelegenheiten der Universität abzugeben und hält sich für verpflichtet, gegen diese Vorgänge in der nachdrücklichsten Weise Protest zu erheben. Die Mitglieder des Akademischen Senats sind der Ansicht, daß die Prager Deutsche Universität in Prag haben darf in der Sitzung vom 3. Dezember 1908 beschließen, ihre Stellen im Akademischen Senat niederzulassen. — In Prag kam es dieser Tage abendlich zu Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen. Besonders tschechische Dragoonier nahmen dort gegen die Deutschen eine bedrohliche Haltung ein. In ersten Ausstellungen kam es auch in Pilsen. Dort waren besonders das Deutsche Haus und die Wohnung des tschechischen Landmannministers Dr. Schreiner gefährdet.

Frankreich. Dem österreichischen Admiral Gerniat soll es an den Krügen gehen. Marineminister Picard empfing Freitag vormittag den Vizekonsul von Montenegro, Admiral Gerniat, der darauf eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau hatte. Admiral Gerniat gab Erklärungen für die von ihm den Berichterstattern mehrerer Blätter gemachten Mitteilungen über die Mangelhaftigkeit der Munitionsvorräte der Kriegskasse und berichtete über die näheren Umstände der Ertragung des Panzerkreuzers „Goubé“ Clemenceau versicherte, daß er bei aller Anerkennung seiner feindlichen Befähigung nicht, daß er einen schweren Verlust gegen die Disziplin begangen habe, als er sich interlopierte ließ. Wie verlautet, werden Clemenceau und Picard im Ministerium eine schwere Strafe für den Admiral beantragen. — Nach einer Meldung des Generalgouverneurs von Französisch-Indo-China ist das Verbot an den deutschen Kamerunern, die in ersten Massenvergiftung französischer Kolonialtruppen in Kamerun am 3. Dezember vollstreckt worden. — Wie der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika meldet, ist es am 27. Nov. in Agan und Mauretanien zwischen Scahis und 180 Ouled Debs zu Kämpfen gekommen. Mehrere hundert Tote zählte, die französische Kolonialtruppe unter ihren Führern 13 Mann. — Der Kaiser hat am 27. Nov. in Berlin die Reichsminister in die Kabinetskanzlei gerufen.

Schweden. Das schwedische Königspaar ist am Sonntagabend in Wien eingetroffen. Zum Empfang war Kaiser Franz Josef an dem Bahnhof erschienen.

Perth. Der in Perth in Westaustralien lebende „Perthburger Telegraphen-Agentur“ Die Einwohner von Perth wandten sich telegraphisch an die Gouvernementsregierung in Perth, um ihren Einfluß für die Wiederherstellung der Konstitution und die baldige Einberufung des Parlaments geltend zu machen. Nachdem am Donnerstag alle Abgeordneten in Perth ein Aufruf, ergehen, daß sie in Perth einberufen werden, wurde am Freitag ein Meeting abgehalten, an dem ungefähr 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Sattler, Klempner und Bursche teilnahmen. Die muslimischen Redner wiesen auf die von den australischen und armenischen Organisationen geleistete Hilfe hin und forderten dazu auf, auf die in Perth in Perth zu bestehen. Ein armenischer Redner hob das bisher Erreichte und die gemeinsamen Siege über die Reaktionen hervor und trat dafür ein, daß sich beide Nationen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereinigen sollten.

China. Wie die Londoner „Morning Post“ aus Washington meldet, ist es fraglos, daß der amerikanische Sondergesandte Sang-San-Ji den Auftrag hat, ein engeres Abkommen zwischen China und den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Präsident Roosevelt ist jedem Schritte geneigt, der zur Befestigung der Beziehungen beider Länder, dem Frieden und einer gleichen Behandlung in Handelsangelegenheiten dient. Es werde kein förmliches Abkommen erwartet, sondern ein Abkommen, welches das freundschaftliche Japan und Nordamerika abschließend regeln soll.

Mittelamerika. Aus Port au Prince, 5. Dez., wird gemeldet: Ein Heer von 8000 Revolutionären zog heute früh unter Führung des Generals Simon in die Stadt ein. Die Truppen befanden sich in guter Ordnung. Die Bevölkerung brachte dem General Subsidien dar. Eine Verordnung des französischen Schiffskaufmanns entbot ihm offiziell den Willkommenwunsch des Volkes und übergab ihm den Regierungspalast. Präsident Simon begab sich hierauf in den Dom, wo ein feierliches Gedächtnis abgehalten wurde, und hielt alsdann unter Blodengläuten und Zurufen der Bevölkerung einen Aufruf in der Stadt. Der ehemalige Präsident Nord Alexis hat sich am Bord des Dampfers „Sarnia“ nach Kingston (Jamaika) begeben.

Deutschland.

Berlin, 7. Dez. Der Kaiser und die Kaiserin nahmen am Sonntag vormittag in Potsdam an dem Gottesdienst in den Dom zu Potsdam teil und machten nachher einen Spaziergang im Park von Sanssouci. — (Zur Reichsfinanzreform.) Die Gas- und Elektrizitätssteuer ist in einer öffentlichen Handwerksmeisterversammlung in Königsberg nach einem Vorschlag des Obergerichtsrats Silbermann einstimmig verworfen worden. In der Diskussion wies Stadtrat Hollrad nach, daß die Königsberger Handlungsgesellschaft „Zur“ darauf hin, daß die Gas- und Elektrizitätssteuer für die wohlhabenden Klassen nicht so sehr ins Gewicht falle, aber für den kleinen Mann sei sie äußerst schädlich. Wir scheuen nicht, meinte Stadtrat Hollrad, doppelte Kosten für die Gasautomaten auszugeben, um dem kleinen Mann, der nicht für eine bestimmte Kopfumperiode das Geld fertig liegen hat, die Benutzung des Gases zu ermöglichen. Einen Silberverleih wird er immer noch übrig haben. Er wird sich in den Automaten und kann die Kraft des Gases benutzen. Solche Wohltaten, die dem kleinen Mann zuteil werden, sollte der

Staat unterstützen, aber nicht durch Steuern erschweren. — Gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer sowie gegen die Zigarettenbändersteuer hat sich der Stadtrat in Kaiserslautern ausgesprochen.

— (Teiligung des Reichs an der Weltausstellung in Brüssel.) In dem Etat für 1909 ist ein Betrag von 400 000 Mark als erste Rate zur Deckung der Kosten eingestellt, welche die Teiligung des Reichs an der im Jahre 1910 stattfindenden Weltausstellung in Brüssel veranlassen wird. — (Der Landesauschuh der preussischen Zentrumspartei) hat sich in Berlin konstituiert. Wie die „Germania“ hervorhebt, wird der Landesauschuh bei Reichstags- und Landtagswahlen alle erforderliche Vorkehrungen treffen, damit auch in denjenigen Provinzen, in welchen eine vollkommene Organisation der Zentrumspartei noch nicht besteht, die Stimmen des Zentrums zur vollen Geltung kommen. Als erstrebenswertes Ziel erscheint dem Landesauschuh eine Reichszentralstelle zur Bildung aller deutschen Landesauschüsse.

Zivilsupernumerare und Besoldungsvorlage.

Auf ganz besonderen Wunsch des Vorstandes der Vereinigung der Regierungs- und Stener-Zivil-Supernumerare für den Regierungsbezirk Merseburg lassen wir bei dem letzten Sonabend in diesem Blatte veröffentlichten Resolution zur Besoldungsvorlage die nachstehende Erklärung, auf deren Veröffentlichung ganz besonderer Wert gelegt wird, folgen:

Das Fernere legt der Verband einmütig und nachdrücklich Verwahrung ein gegen die auf den letzten Vertretertag beantragten Vergleiche der Volksschullehrer mit den staatlichen Verwaltungsbeamten. Der Verbandstagen verkennt nicht die Bedeutung eines tüchtigen Volksschullehrer-Standes für die kulturelle Entwicklung unseres Volkes, protestiert aber mit Entschiedenheit dagegen, daß der Lehrerstand durch eine über das zulässige Maß weit hinausgehende Betonung des Wertes seiner Berufsstellung die Bedeutung anderer Stände herabzusetzen sucht. Die von den Volksschullehrern erstrebte Gleichstellung mit den Sekretären der Staatsverwaltung entbehrt schon allein deshalb jeder Berechtigung, weil die Volksschullehrer unter Finanzschränken nebensächlicher staatlicher Unterstützung ohne Anwendung außerordentlicher eigener Mittel im Alter von 20 Jahren wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt werden, während die mittleren Verwaltungsbeamten nach amtlicher Feststellung durchschnittlich bis zum 26. Lebensjahre ausschließlich aus eigenen Mitteln der Vorbereitung auf ihren Beruf leben müssen. Der Verbandstag gibt der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß die nach jeder Richtung hin unzureichenden Vergleiche der Volksschullehrer bei der zur Veranlagung stehenden Besoldungsreform zu keiner Schädigung des Ansehens der staatlichen mittleren Verwaltungsbeamten führen werden.

Vermischtes.

* (Das Ende des Streiks auf der Grube Merzenbach.) Der Streik auf der Grube Merzenbach bei St. Johann (Saar) ist beendet. Eine Sonabendtagung der Belegschaftsversammlung, in der mehrere Gemeinheitsführer sprachen, nahm eine Resolution an, in der die Belegschaft sich bereit erklärte, Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, und die Vergarbeiter sich zu erwehren, welche streiken, als sonntagsmäßig betrachtet werden müßten.

* (Eine Einbrecherbande.) Die es hauptsächlich auf Gerichtskassen abgesehen hat, ist in der letzten Zeit in verschiedenen größeren Städten Deutschlands aufgetreten. In der Nacht zum 2. Dezember erbrachen die gefährlichen Spähbuben in Augsburg zwei eiserne Geldschränke, wobei ihnen 6000 Mark in die Hände fielen. Die Einbrecher drangen gewöhnlich von den Kellern aus ein.

* (Eine 117-Jährige gestorben.) Die unter dem Namen „Sachsenbärbe“ bekannte Witwe Babette Kühnert ist in der Nacht zum Sonntag in Kitzingen (Unterfranken) gestorben.

* (Verlust des Meeres.) Nach den vom „Bureau Veritas“ veröffentlichten statistischen Daten sind im Monat Oktober d. J., soweit es sich bisher hat ermitteln lassen, 95 Schiffe vollständig verloren gegangen und zwar 58 Segelschiffe mit 25 882 Register-tonnen und 37 Dampfschiffe mit 65 973 Register-tonnen. Darunter waren fünf deutsche, 3 Dampfschiffe und 2 Segelschiffe mit insgesamt 10 446 Register-tonnen. Außerdem weist die Statistik noch 58 Schiffe auf, die durch Strandungen, Feuer, Zusammenstoße u. dergl. Beschädigungen erlitten haben. Darunter waren noch 67 deutsche, 22 Segelschiffe und 45 Dampfschiffe.

* (Das Loeben vom Reich übernommen.) Barfodol-Buffet (Hilf) wird, wie die „Zit.“ erzählt, zunächst in Berlin nationalisiert werden. In seiner Bedeutung wird ein Kommando von 25 Mann der Luftschiffabteilung verwendet, für das ein ähnlicher Aufwandsbericht durchgeführt werden wird, wie für die Zeppelin-Mannschaft, d. h. Entloerung und Füllung, Ab- und Anmontierung, Probeaufstiege usw. Später wird dafür gesorgt werden, daß die verschiedenen Kommandos im Dienst der verschiedenen Systeme abwechseln.

Paul Ehlerl vorm. Aug. Perl,
 Fernruf 329. Merseburg. Markt 33.

W. geschliff. Kristallgläser,
 Salafären Tellern,
 Basen, Beingläser,
 Toilettegarnturen.

Auf alle Waren
 6 Proz. Rabatt.



Römern, Schalen,
 Aufhängen,
 Weinschalen.



J. G. Knauth & Sohn,

Entenplan 2, gegründet 1845,

empfehlen in unerreichter Auswähl bei denkbar billigen Preisen jeden Tag Eingang von Neuheiten der modernsten



stoffs und weich, in- und ausländische Fabrikate, Velour-, Sport- und Lodenhüte, Zylinder und chapeau claques. Neueste

Sport-, Jagd-, Haus-, u. Reiseumützen, Knaben- und Mädchenmützen.

Handschuhe in Glacée,

mit und ohne Futter,

Wildleder-, Krimmer-, Trikot-, gestrickte und Militär-Handschuhe.

Hilfsschuhe mit Hilz- und Ledersohlen, prima Qualität, Einleges- und Aufhängelilien.

Neuheiten in Damen- und Herren-Regenschirmen, Spazierstöcken. Kolossale Auswahl in Schlippsen, Krawatten, Kragenschönern, Vorhemden, Serviteurs, Kragen und Manschetten.

Strümpfe, Hosenträger und Turnergürtel.

Witralied des Rabatt-Sparvereins.

Zur bevorstehenden Weihnachtsbäckerei
 empfiehlt Mühle Wollendorf ihr
vorzügliches Weizenmehl.

Standesamts-Nachrichten
 für den Monat November 1908.

Frankleben:

Chef-Geliebungen: der Maurer Karl Franz, Meißlich, und Pauline Neermann, Naumburg.

Geborenen: dem Schlosser Schürlecker 1 S., Rüßden; dem Bierbrenner Rudolf 1 S., Naumburg; dem Landwirt Ehrlich 1 S., Naumburg; dem Waggenmeister Künze 1 S., Meißlich; ein unedel. Kind; dem Arbeiter Wöhrst 1 S., Naumburg.

Gestorbenen: des Zimmermanns Francis 2 M., Frankleben; des Drechers Heilmann 2 S., 19 1/2 J., Frankleben; der Goldschmiedes Gehel, 80 J., Naumburg; des Arbeiters Schäfer 2, 10 1/2 M., Jägerden; des Maurers Wöhme 2, 6 M., Frankleben; des Tischlermeisters Stode 2, 5 1/2 J., Naumburg; der Ausgüßer Dost, 80 J., Naumburg.

Crumpa:

Chef-Geliebungen: der Motorwagenführer Fritz Paul in Ammendorf mit Alma Heinicke, Crumpa; der Schlosser Karl Meinicke mit Luise Stehning, Naumburg.

Geborenen: dem Tischlermeister Richter 1 S., Gammert; dem Tischlermeister Rudolf 1 S., Crumpa; dem Grubenarbeiter Gellalla 1 S., Crumpa; dem Grubenarbeiter Seidel 1 S., Naumburg; dem Grubenarbeiter Klabs 1 S., Naumburg; dem Schlosser Meinicke 1 S., Naumburg.

Gestorbenen: der Waggenarbeiter Spilka, 43 J., Geißelbühl.

Laden,

besteht mit Wohnung, per sofort oder später zu vermieten.

K. Rossberg, Parafraße 10.

Zwei Stuben, zwei bis drei Kammern, Küche und Zubehör zum 1. 4. 09 in gutem Stande zu mieten günstig. Off. Offerten mit Preis unter S L. Halle a. S., Jägerplatz 19, pt. r.

Wohnung an einzelne Leute für 240 Mk. ist zum 1. Jan. 1909 zu vermieten. Wohnunger 4.

Gut

von 280-300 Morgen mit guten Gebäuden (Rüschboden) bei 150 Mk. Anschlagung ist zu kaufen. Agenten verboten. Offert unter S G 100 an die Erbed. d. M.

Ein Leffer
Wiederum fast
L. L. Gauß
Spalln u. T.
Luizigenerstr. 98.
in der G. Gammert.

Goldne Angel.

Mittwoch
Schlachtefest.
 Mittwoch
Rehkenne.

Mittwoch
Schlachtefest.
 Friedrich Rödel, Gallestraße 71.
 Telefon 295.

Schlachtereien
 Offern 1908 gesucht
 Schloherel
 Untertalenburg 4.

Wirkereit von der Berliner Kursbericht. Zweiquedertafelung Merseburg. 5. Dezember 1908.

Deutsche Fonds.		Pr. Bod.-Cred. XXV b. 1918	
Stück	Kurs	Stück	Kurs
Reichsfin.-Anw. fg. 1. 4. 12	100.70 bz	do. XIII bis 1915	119.50 G
do. 1. 7. 12	100.70 bz	do. cum. XI, XV, XVI	95.00 G
do. 1. 10. 08	100.70 bz	Pr. Gr.-B. Bf. 1907 unt. 17	100.50 bzG
do. 1. 4. 09	100.25 G	do. von 1904 unt. 17	92.3 G
Deutsche Reichs-Anl.	102.80 bzG	do. Rom.-Ob. 1908 unt. b. 17	100.80 G
do. do.	85.3 bz	Pr. Exp.-Vtt. B. 1907 unt. 17	100.00 G
Pr. Schutgeb.-Anl.	100.00 bzG	do. Rom.-Ob. n. 08 unt. b. 18	100.25 bzG
Preuß. Staats-Anl.	102.80 G	Pr. Bod.-B. XXVIII b. 1917	94.50 G
do. do.	85.10 bzG	do. XXIV bis 1912	91.75 bzG
do. do.	100.80 G	do. Rom. VI bis 1917	100.50 G
do. do.	100.70 bzG	do. do. V bis 1917	98.25 G
Badische St.-Anl. unt. 100.00	94.00 G	Schwarzb. G.-B. VI bis 1912	99.30 G
do. Eisen-Anl. ca.	13.70 G	do. I bis 1906	98.00 G
do. v. 1902, 04 u. 07	112.80 B	Ausländische Fonds.	
Bay. Staats-Anl.	98.90 G	Argentinien Inmere	85.3 bz
do. do.	98.90 G	do. äußere 88	89.3 G
Braunsch. 20 R. Lose	101.20 bzG	Österreichische Anl. von 1906	100.25 bz
Bremer Anl. von 1908	101.20 bzG	China. C.-Anl. von 1908	97.5 bz
do. von 1905	101.70 bzG	do. von 1908	49.10 G
Gamb. v. 08 unt. 100.00	94.40 G	Griechisch 5% 1881	1.75 G
do. St.-Anl. v. 87, 91, 93, 99	101.50 bzG	do. von 1898	40.10 G
Geßliche St.-Anl. v. 1908	101.50 bzG	Japan. Anleihe II	85.00 G
Lübder St.-Anl. v. 1906	92.25 G	do. von 1905	85.00 B
do. v. 1899	100.40 G	Italien. Rente fonn.	101.90 G
Magdeburg. A. 20, 21, 31, 32	92.10 bzG	Reg. fonn. von 1890	94.8 G
27, 10, 12-17, 24-27, 29	85.00 G	do. fonn. Rente	47.2 G
Sächs. Staats-Rente	101.00 G	do. Silber.	95.00 G
Weimar. Land-Gr.-R.	98.00 G	Rumän. von 1908	101.30 G
do. do.	100.80 G	do. von 1890	89.25 G
Weiß. Brod. IV. v. 1905	92.50 G	Ruß. von 1905	87.00 G
do. IV R. 8-10 unt. 0. 15	100.10 G	Ruß. v. 1905 unt. bis 1917	82.40 G
		do. v. 1902 unt. bis 1916	94.80 G
		Sao Paulo Eff. Ord.	140.25 bzG
		St. Petersburg. C. Epb.	62.40 G
		Ung. Gold-R.	91.70 G
		do. Kr.-R.	—

Stadt-Anleihen.		Pr. Bod.-Cred. XXV b. 1918	
Stück	Kurs	Stück	Kurs
Magdeburg 1908, XI	100.10 G	do. XIII bis 1915	119.50 G
do. von 1893	101.10 G	do. cum. XI, XV, XVI	95.00 G
Berlin von 1904 Ser. II	101.50 G	Pr. Gr.-B. Bf. 1907 unt. 17	100.50 bzG
Charlottenburg von 1908 I	—	do. von 1904 unt. 17	92.3 G
Erfurt von 98, 01 I und II	—	do. Rom.-Ob. 1908 unt. b. 17	100.80 G
Galle von 1900 I, II	—	Pr. Exp.-Vtt. B. 1907 unt. 17	100.00 G
do. von 1905	—	do. Rom.-Ob. n. 08 unt. b. 18	100.25 bzG
do. von 1890, 92, 1900	94.50 G	Pr. Bod.-B. XXVIII b. 1917	94.50 G
do. von 1906	101.00 G	do. XXIV bis 1912	91.75 bzG
Rön von 1906	92.60 G	do. Rom. VI bis 1917	100.50 G
do. do.	98.25 G	do. do. V bis 1917	98.25 G
Magdeburg 75, 80, 86, 91, 02 I	—	Schwarzb. G.-B. VI bis 1912	99.30 G
do. von 1902, II und III	—	do. I bis 1906	98.00 G
Merseburg von 1901	100.80 G	Ausländische Fonds.	
Wilmshelm a. Rh. von 98, 09	100.00 G	Argentinien Inmere	85.3 bz
do. 99, 04 I	92.50 G	do. äußere 88	89.3 G
Wilmshelm v. 1897, 98, 08 u. 04	—	Österreichische Anl. von 1906	100.25 bz
do. von 1908 unt. 100.00	—	China. C.-Anl. von 1908	97.5 bz
Wilmshelm v. 1907/08	100.40 G	do. von 1908	49.10 G
Wilmshelm a. Rh. von 1900	100.00 G	Griechisch 5% 1881	1.75 G
do. von 1907 I Ser.	101.20 G	do. von 1898	40.10 G
do. von 1902, 05	91.20 G	Japan. Anleihe II	85.00 G
Weimar von 1888	99.90 G	do. von 1905	85.00 B
Worms von 01 u. 06 R. B.	92.80 G	Italien. Rente fonn.	101.90 G
do. ca. 1892, 94, 1908, 05	91.10 G	Reg. fonn. von 1890	94.8 G
		do. fonn. Rente	47.2 G
		do. Silber.	95.00 G
		Rumän. von 1908	101.30 G
		do. von 1890	89.25 G
		Ruß. von 1905	87.00 G
		Ruß. v. 1905 unt. bis 1917	82.40 G
		do. v. 1902 unt. bis 1916	94.80 G
		Sao Paulo Eff. Ord.	140.25 bzG
		St. Petersburg. C. Epb.	62.40 G
		Ung. Gold-R.	91.70 G
		do. Kr.-R.	—

Handbriefe.		Pr. Bod.-Cred. XXV b. 1918	
Stück	Kurs	Stück	Kurs
Kar. und Reumarkt. neue	98.75 G	do. XIII bis 1915	119.50 G
do. Rom.-D.	100.75 G	do. cum. XI, XV, XVI	95.00 G
do. do.	98.10 G	Pr. Gr.-B. Bf. 1907 unt. 17	100.50 bzG
Landf. Centr.	100.75 G	do. von 1904 unt. 17	92.3 G
Sächsische alte	120.30 G	do. Rom.-Ob. 1908 unt. b. 17	100.80 G
do. neue	84.40 G	Pr. Exp.-Vtt. B. 1907 unt. 17	100.00 G
do. Landf.	84.40 G	do. Rom.-Ob. n. 08 unt. b. 18	100.25 bzG
		Pr. Bod.-B. XXVIII b. 1917	94.50 G
		do. XXIV bis 1912	91.75 bzG
		do. Rom. VI bis 1917	100.50 G
		do. do. V bis 1917	98.25 G
		Schwarzb. G.-B. VI bis 1912	99.30 G
		do. I bis 1906	98.00 G

Handbriefe und Obligationen.		Pr. Bod.-Cred. XXV b. 1918	
Stück	Kurs	Stück	Kurs
Berliner Hypoth.-Pf. abg.	97.8 bzG	do. XIII bis 1915	119.50 G
do. I unt. 1916	94.60 G	do. cum. XI, XV, XVI	95.00 G
D. Hyp.-Pf. XVII. 1912	101.00 G	Pr. Gr.-B. Bf. 1907 unt. 17	100.50 bzG
do. XV und XVI bis 1917	100.25 G	do. von 1904 unt. 17	92.3 G
do. VIII und IX	91.50 G	do. Rom.-Ob. 1908 unt. b. 17	100.80 G
do. Rom.-Del. II unt. 17	100.25 G	Pr. Exp.-Vtt. B. 1907 unt. 17	100.00 G
Gmb. Hyp.-Pf. 241-330 1913	100.50 G	do. Rom.-Ob. n. 08 unt. b. 18	100.25 bzG
do. S. 311-350 bis 1913	92.00 G	Pr. Bod.-B. XXVIII b. 1917	94.50 G
Pr. Bod.-Pf. Hyp.-Pf. abg.	106.00 G	do. XXIV bis 1912	91.75 bzG
do. Pf. 2. 1. 08 bz	2.10 G	do. Rom. VI bis 1917	100.50 G
Weim. Hyp.-Pf. XIII unt. 1918	100.40 G	do. do. V bis 1917	98.25 G
do. X bis 1913	92.80 G	Schwarzb. G.-B. VI bis 1912	99.30 G
Mittelb. Bod.-Gr. VI b. 1915	99.00 G	do. I bis 1906	98.00 G
do. do.	100.00 G	Ausländische Fonds.	
Rordb. Gr.-Gr. XV unt. 1918	100.00 G	Argentinien Inmere	85.3 bz
do. XI unt. 1916 bis 1912	98.75 G	do. äußere 88	89.3 G
do. III unt. 1916 bis 1912	92.00 G	Österreichische Anl. von 1906	100.25 bz
		China. C.-Anl. von 1908	97.5 bz
		do. von 1908	49.10 G
		Griechisch 5% 1881	1.75 G
		do. von 1898	40.10 G
		Japan. Anleihe II	85.00 G
		do. von 1905	85.00 B
		Italien. Rente fonn.	101.90 G
		Reg. fonn. von 1890	94.8 G
		do. fonn. Rente	47.2 G
		do. Silber.	95.00 G
		Rumän. von 1908	101.30 G
		do. von 1890	89.25 G
		Ruß. von 1905	87.00 G
		Ruß. v. 1905 unt. bis 1917	82.40 G
		do. v. 1902 unt. bis 1916	94.80 G
		Sao Paulo Eff. Ord.	140.25 bzG
		St. Petersburg. C. Epb.	62.40 G
		Ung. Gold-R.	91.70 G
		do. Kr.-R.	—

Handbriefe und Obligationen.

Magdeburger Privat-Bank
 Zweigniederlassung Merseburg.
 Wir offerieren kostenfrei:
4% Anleihe der Carl Zeiss-Stiftung in Jena, unkündbar bis 1918, in Stücken zu Mk. 1000 und Mark 500 mit Januar/Jul-Zinsen a 99.50%
 Die Abnahme der Stücke kann auch erst Anfang Januar n. J. erfolgen.

Hier wird nur **DAPOL** verkauft.



DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

Hausfrauen, verlangt ausdrücklich beim Einkauf von Petroleum die Marke

„DAPOL“

vortreffliches Petroleum für Lampen, Heiz- und Kochöfen.

**Kein Russen! Helles Licht!
Kein Geruch!**

Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Erhältlich in allen Geschäften, wo das

bekannte Plakat aushängt.

P. Rath, Goldschmied,
Merseburg, Gotthardstr. 14.
Gold- u. Silberwaren
verfilberte Bekleidung u. Geräte
Trau-Ringe, Gravierungen,
Neuarbeiten, Reparaturen.

**Amateur-
Photographen-
Verein.**
Heute Dienstag
Verammlung.



L.-V. „Germania“.
Dienstag
Verammlung.

Evang. Arbeiter-Verein.
Am Sonntag den 18. Dez. cr.
abends 8 Uhr findet unsere
Weihnachtsfeier
im Saale des „Lwoll“ statt.
Programme wollen unsere Mit-
glieder als Einladungen für Freunde,
von Mittwoch den 9. Dezember ab
bei unserem Kassierer Herrn
C. Rauch, in Empfang nehmen.
Unsere sonstigen Freunde und
Gäste mit ihren erwachsenen An-
gehörigen sind hierzu freundlichst
eingeladen. Schulpflichtige Kinder
haben freien Zutritt.
Der Vorstand.

Reichsfrone.
Täglich von abends 7 Uhr ab
**Familien-Unterhaltungs-
Konzerte**
vom
Elite-Damen-Orchester
Direktion: Neumann.
Sonntags von 11—1 Uhr
Frühschoppen-Konzert
und von nachmittags 4—11 Uhr.
Entrée frei. Entrée frei!

Hohlhans Restaurant.
Täglich Konzert
des Damenorchesters Melusine.
Dir. Frz. Wiese Kantor.
6 Damen, 1 Herr.
Anfang abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Hohlhans.

Schlachtfest.
8 Uhr Bekleid., 4 Uhr fettes Brat.
H. sec. Ausz. und Schwartenweinf.
Schlegel, Schmalzfr.
Heute
Schlachtfest.
F. Peoge, Weiße Mauer 10.

Zum Feste empfehle nachstehende

Back-Waren

in nur prima Qualitäten:

Rosinen	a Pfd. 65, 50, 40, 35 und	30	Pf.
Sultanin	a Pfd. 80, 70, 60, 55 und	40	Pf.
Corinthen	a Pfd. 45, 40 und	30	Pf.
Mandeln süß	a Pfd. 180, 115, 100 und	85	Pf.
Citronat Ia. Ia.	a Pfd. 80 und	70	Pf.
Orangeat	a Pfd.	60	Pf.
Margarine	a Pfd. 80, 70 und	60	Pf.
Schmelz-Margarine	a Pfd.	80	Pf.
Schmelzbutter feinsto bayrische	a Pfd.	130	Pf.

Paul Näther Nachfl.
Fernsprecher 343. Markt 9.

Nur kurze Kochzeit erfordern



MAGGI'S Suppen

In Würfel zu 10 Pf. für 2 Teller Suppe. Nur mit Wasser zubereiten. Bestens empfohlen von
Otto Teichmann, Unteraltenburg 48.

Wegen Umzug
verkaufe ich, um damit zu räumen, als passende
Weihnachtsgeschenke:
**Poesie-, Briefmarken- und Postkarten-
Albums, Bilder, Märchenbücher, Jugend-
schriften**
in reichhaltigster Auswahl.
**Tasch-, Feder-, Reisszeug- und Zirkel-
kästen in verschiedenster Preislage.**
Schulturnister sowie sämtliche Schulbedarfsartikel.
Große Auswahl in Weihnachts- und Neujahrskarten.
E. Berndt, Rossmarkt 19.

**Bei Gicht,
Rheumatismus, Nervenschmerzen**
hat sich einzig bewährt Zivler Laßknechtessod „Nipin“
Flasche 1,50 Mk. allein
Central-Dragerie R. Kupper, Markt 17.



Hubold's Restauration.
Heute
Schlachtfest.
Dienstag
hausgeschlachte Brat.
Friederike Vogel, Rossmarkt 17.
Verkaufe Mittwoch von früh an
Schweinefleisch, Schmeer und
fettes Fleisch
Gotthardstr. 27.

Büchse zum Baden und B. Allen
nimmt an A. Siefert, Kreuzstr. 7 II.

Gärtner-Lehrling
sucht zu Oftern unter günstigen Bedingungen
die Schlossärtnerei Bändorf bei Saupendorf.

Einen Lehrling
sucht zu Oftern
August Preusser, Bäckermeister,
Raumarkt 47.
Auch wird bereit eine Stellung für
einen Bäckerlehrling nach Halle unter sehr
günstigen Bedingungen nachgewiesen.

Einen Lehrling
sucht zu Oftern
Karl Löbe, Fleischermeister,
für das Komptoir meiner Lederfabrik
suche zu Oftern einen

Lehrling
unter günstigen Bedingungen
Gottlob Mylius.

Wir suchen für Oftern 1909 für unser
kaufmännisches Bureau einen

Lehrling.
Selbstgeschriebene Bewerbungen unter gleich-
zeitiger Vorlage der Schulzeugnisse zc. sind
zu richten an
C. W. Julius Blanche & Co.
G. m. b. H.

Einen Lehrling
sucht zu Oftern
Edward Drese, Klempnermeister.

Militärinvalide
sucht Beschäftigung als Bote oder dergl.
Off. bitte unter **R W** in der Exped. d.
Bl. niederzulegen.

Am 1. Januar 1909 wird ein
Schreiber
für Fabrikkontor gesucht. Stellung eignet
sich auch für Halbinvaliden. Schriftliche
Angebote unter **A K 26** an die Exped.
d. Bl. erbeten.

Ein Mann zum
Holzladen
wird angenommen **Unteraltenburg 16.**

Ein junges Mädchen,
welches die ff. Küche erlernen will, wird
noch als Lernende angenommen. Antritt
1. Januar 1909.
Zivler.

Ein fleißiges kräftiges Mädchen
für Haus und Küche gesucht für sofort oder
1. Januar **Frau v. Brandenstein,**
Oberaltenburg 1.

Ein ordentliches Mädchen
wird per 1. Januar gesucht
Yammarkt 30 I.
Hierzu 2 Beilagen.

Erste Beilage.

Postwechselverkehr.

Am 1. Januar 1909 wird der Postwechselverkehr innerhalb Deutschlands eröffnet werden. Aus diesem Anlasse werden 13 Postwechselämter eingerichtet.

Die Postanstalt Merseburg gehört zum Bezirke des Postwechselamtes

Selbstig.

Zur Teilnahme am Postwechselverkehr wird jede Privatperson, Handelsfirma, öffentliche Behörde, juristische Person oder sonstige Vereinigung oder Anstalt auf ihren Antrag zugelassen. Bedingung ist, daß der Kontoinhaber auf seinem Konto dauernd eine Einlage von mindestens 100 Mk. (Stammeneinlage) hält.

Anträge auf Eröffnung von Postwechselkonten können von jetzt ab bei allen Postanstalten gestellt werden; Formulare zu den Anträgen werden an den Schaltern der Postanstalten unentgeltlich abgegeben, Einschlagungen — auch von Stammeinlagen — werden erst vom 1. Januar ab entgegengenommen.

Mittels Zahlkarte können von jedermann, auch von Personen, die kein eigenes Postwechselkonto haben, bei allen Postanstalten Voreinzahlungen auf Postwechselkonten bewirkt werden. Einzelne Formulare zu Zahlkarten werden am Postwechselamt unentgeltlich abgegeben. Die Zahlarten sind nicht zu frantieren; die Gebühr — 5 Pf. für je 500 Mk. — wird dem Kontoinhaber zur Last geschrieben. Sollen z. B. 200 Mk. für einen Kontoinhaber eingezahlt werden und will der Einzahler die Gebühr tragen, so hat er die Zahlkarte über 200 Mk. 5 Pf. auszufüllen. In der Zahlkarte muß das Konto des Zahlungsempfängers genau bezeichnet sein; der Einzahler muß also die Kontonummer des Zahlungsempfängers kennen. Es empfiehlt sich daher, daß die Inhaber von Postwechselkonten auf ihren Geschäftspapieren, Rechnungen usw. die Nummer des Kontos angeben lassen. Besonders zweckmäßig ist es, wenn die Kontoinhaber ihren Kunden mit den Rechnungen, Katalogen usw. Zahlarten überreichen, in denen von vornherein die Kontonummer, der Name des Kontoinhabers und der Name des Postwechselamtes vorgedruckt sind.

Aber ihr Guthaben können die Kontoinhaber jederzeit mittels Überweisung oder Schecks verfügen, und zwar entweder zur Guthabensseite auf andere Konten oder zur Vorauszahlung an jedermann durch die Kasse des Postwechselamtes oder durch Vermittelung einer beliebigen Postanstalt. Die Formulare zu Überweisungen und Schecks erhalten die Kontoinhaber von Postwechselämtern zugleich mit einer näheren Anweisung über die Benutzung der Formulare.

Die für den Postwechselverkehr erlassenen Vorschriften sind enthalten in der Postwechselordnung nebst Ausführungsbestimmungen, die an den Schaltern der Postanstalten zum Preise von 20 Pf. für das broschierte Exemplar verkauft wird. Auch können broschierte Exemplare zu demselben Preise, gebundene Exemplare zum Preise von 65 Pf. von R. v. Debers Verlag, Berlin SW. 19, oder durch Vermittelung jeder Buchhandlung bezogen werden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 6. Dez.) Der Reichstag begann am Sonnabend die erste Beratung des Etats. Reichsfinanzsekretär Sudow machte zunächst Mitteilungen über den Abschluß des Rechnungsjahres 1907 und ging dann zu den Fragen des laufenden Rechnungsjahres über, das wenig erfreulich zu werden verspricht, da es mit einem Mehr-Fehlbetrag von 112 1/2 Millionen Mark abschließen dürfte. Ein erfreuliches Moment im neuen Etat — vielleicht das einzige in dem Gesamtbild — ist die Einkürzung im Militäretat, der um 88 Millionen Mark gegen das Vorjahr zurückgefallen ist. Der Reichsfinanzsekretär ging dann noch auf die Besetzungsvorlage ein, deren Beratung mit der Etatslesung verbunden wird. Eingehende Kritik an dem Etat ließ Abgeordneter Seck (Str.), die im großen und ganzen recht ablehnend ausfiel. Er verlangte ein langsames Tempo beim Ausbau der Flotte, mehr kaufmännischen Geist für die Postverwaltung, geringere Ausgaben von Schatzanweisungen usw. Zufrieden zeigte er sich eigentlich bloß mit dem Wiederbedarf für die Kolonien und mit dem gegenwärtigen Stand der deutschen Auslands-politik, die er im Hinblick auf die Befragung des Etats erörterte. Sowohl die Beendigung der Casablanca-Märe wie auch der Entschluß Deutschlands, offen an die Seite Österreichs zu treten, fanden seinen Beifall. Dieser Ansicht schloß sich im wesentlichen auch der nachfolgende Redner, der Abg. Wassermann (nl), an, dessen Rede deutlich das Sprungbrett bildet, von dem aus Reichstagsleiter Fürst Bülow vermutlich am Montag sich zur Betrachtung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches aufschwingen wird. Wasser-mann berührte all die Punkte, auf die Fürst Bülow zurück-gekommen sein dürfte, die Stellung Deutschlands zu England und die jüngste Rede Lord Roberts, die er als Ausgeburt einer erregten Phantasie empfindet, das Ab-tommen zwischen Japan und Amerika, über das er näher

Auskunft direkt verlangte, den Wunsch nach Sparsamkeit und die Mißstände im auswärtigen Amt, die er — sehr optimistisch — durch Einsetzung eines Direktors der politi-schen Abteilung zu beheben zu können glaubt, die Stellung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und end-lich die orientalistischen Wärrer, die Morosoff-Märe, die Deutschpolitik und die Brager Expedite, die er scharf ver-urteilt und gegen deren Wiederholung er ein energisches Einwirken des Auswärtigen Amtes verlangt. Im allge-meinen tabelte der nationalliberale Redner so manches, sagte jedoch die deutsche Auslandspolitik ziemlich sanft an. Im kritischen Gegenstoß dazu richtete der letzte Redner des Tages, Abg. Scheidemann (Soz.) heftige Angriffe gegen die Bülowische Politik, bei der Schritt für Schritt eine Plannote der anderen gefolgt sei. Viele Dinge und Wärrer sollten für die Unterhaltung der Börer sorgen, doch ver-mochte er damit keine Wirkung zu erzielen, da sie meist sehr abgenutzt und depliziert waren. Wegen eines Zitats aus Barnhagen v. Ense über Friedrich Wilhelm IV. erhielt der Redner nachträglich vom Präsidenten einen Ordnungsruf, worauf die Weiterberatung auf Montag vertagt wurde.

Der Seniorentenvent des Reichstags beriet am Sonnabend über den Arbeitsplan für diese Woche. Es wurde beschlossen, die dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle am Mittwoch oder Donnerst-ag auf die Tagesordnung zu setzen. Man wird vielleicht schon am Donnerstag in die Weihnachts-ferien gehen, da man hofft, bis dahin auch die erste Lesung des Etats zum Abschluß gebracht zu haben.

Die nächste Plenarsitzung des Abge-ordnetenhauses ist auf Donnerstag, den 10. d. M., anberaumt worden. In dieser Sitzung werden lediglich die Interpellation und die Anträge der Kon-servativen und Freisinnigen, betreffend die Arbeits-lostenfrage, zur Verhandlung kommen. Am Freitag soll keine Plenarsitzung sein, damit die Fraktionen Ge-legenheit haben, zu den Kommissionsbeschlüssen über die Beamten-, Lehrer- und Geistlichenbesoldung Stellung zu nehmen. In der darauf folgenden Plenarsitzung werden voraussichtlich die Interpellation des Zentrums, betreffend die Schaulstellung nackter Personen, sowie die Anträge zur Verarbeiterzeugung erörtert werden. In der dann folgenden Woche dürfen Plenarsitzungen nicht mehr stattfinden, vielmehr die Budgetkommission und die Lehrerbeseidungskommission in die zweite Lesung der betreffenden Vorlagen eintreten. Die Be-timmungstagen werden, wie im Abgeordneten-hause üblich, voraussichtlich am 18. beginnen.

Die Budgetkommission des Abgeor-dnetenhauses setzte am Sonnabend vormittag die Beratung über den vom Zentrum zu § 11 des Ein-kommensteuergesetzes gestellten Antrag fort, bei der die Einschätzung von Grundstücken, die während land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, als Extragswert das Zün-fundzwangsjahres des Reinertrages zugrunde zu legen. Finanzminister Frhr. Rheinbaben erklärte sich gegen den Antrag, indem er hervorhob, daß man an dem mit dem Herrenhaus bei der Verabschiedung der Einkommensteuernovelle im Jahre 1906 verab-redeten Kompromiß nicht rütteln solle. Er habe auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen eine Verfügung an die Einschätzungsbehörden erlassen. Es sei auch eine Vorstellung über die Pachtpreise für 768 000 Hektar gemacht worden, die ergeben habe, daß die Pachterträge 34 Millionen Mk. betragen gegenüber einem gemeinen Wert dieser Flächen von 928 Millionen Mark. Das ergäbe für den Pachtpreis 3,7 Proz. des Wertes. Auch hieraus ergäbe sich keine zu hohe Belastung des ländlichen Besitzes mit der Ergänzungsteuer. Der Antrag wurde ab-gelehnt. Bei der weiteren Beratung erklärte sich der Finanzminister gegen den Antrag der Nationalliberalen, einen Zuschlag von 25 Prozent zur Ergänzungsteuer nur für die Steuerjahre 1909 und 1910 zu erheben. Der Antrag wurde jedoch angenommen und die Kommission wandte sich dann der Ver-handlung über den Gesellschaftssteuer-gesetzesentwurf zu. Hierzu hatten das Zentrum und das sozialdemokratische Mitglied Anträge gestellt, die zwar der Form nach etwas verschieden, aber in ihren Grundgedanken dasselbe wollten, nämlich die Konsumvereine und Genossenschaften aus diesem Gesetz herauszulassen. In der Nachmittagsverhandlung wurde der Antrag auf Vereinerung der Kon-sumvereine und Genossenschaften von den Bestimmungen des Gesellschaftssteuer-gesetzesentwurfs angenommen, jedoch nach der Gesellschafts-steuerver gegen die Stimmen der Konser-vativen abgelehnt. Die Kommission beriet dann über das Mantelgesetz, § 6, der die Zuschläge zur Einkommensteuer regelt, wurde nach dem am Freitag angenommenen nationalliberalen Antrag dahin abgeändert, daß nur die in diesem Antrag vorgezeichneten Zuschläge, und diese wiederum nur für die Steuerjahre 1908 und 1909 bewilligt werden. In dieser Fassung wurde der Paragraph angenommen, ebenso die übrigen

Paragrafen. Damit war auch die erste Lesung der Steuerordnungen erledigt. Aber den Zeitpunkt des nächsten Zusammentritts der Kommission wurde noch kein bestimmter Beschluß gefaßt.

Provinz und Umgegend.

Halle, 6. Dez. Der Elefant „Bubari“ im hiesigen Zoologischen Garten erkrankte Mittwoch unter bedenklichen Erscheinungen. Das Tier trompetete, daß es weithin zu hören ist, dann liegt es wieder bewußtlos am Boden. Als gestern der Wärter die Stalltür öffnete, elkte Bubari ins Freie, wo sie erst auf den Hinterbeinen zum Vorschein kam, dann aber wieder aufkam und bis vor die Stalltür lief. Dort brach sie zusammen. Um den Koloss wieder in den Stall zu bringen, mußte die Feuerwehre geholt werden, welche drei Stunden angestrengt zu arbeiten hatte, ehe die Aufgabe voll-bracht war. Der Zustand Bubaris, eines Weibchens im Alter von etwa 15 Jahren, ist hoffnungslos.

Weisenfels, 7. Dez. Der Volksschüler Schwenzer sollte nach Angabe von Angehörigen insolge eines Sturzes vom Dach beim Drummerlicht gestorben sein. Zu Wirklichkeit war er aber schon länger gebrannt und ist vom Turm her besperrt worden.

Raumburg, 7. Dez. Unter den Ausgaben im Etat des Reichsheeres werden folgende Posten gefordert: Neubau von fünf Schießständen für den Standort Raumburg, voller Bedarf, 170 000 Mark. In den Erläuterungen wird dazu folgendes bemerkt: Für das zum 1. Oktober 1909 von Raumburg nach Gera zu verlegende 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 96 wird das Jägerbataillon Nr. 4 von Witsch nach Raumburg verlegt werden. Vorhanden sind zwei Schießstände, die in bezug auf die Sicherung des stark gefährdeten Seiten- und Hinterlandes sowie auch in sonstiger Hinsicht den Anforderungen nicht genügen. Beide Stände müssen neu gebaut werden. Die in der Regel an ein Jägerbataillon zur Überweisung kommenden vier Stände zu je 400 Metern reichen in Raumburg nicht aus, da die Schießstände von zwei Abteilungen Feld-artillerie und vom Bezirkskommando mitbenutzt werden müssen. Es sind daher fünf Schießstände notwendig. Das erforderliche Gelände soll eremiet werden.

Göthen, 6. Dez. Die an Krämpfen leidende Frau des Gutsherrnbesitzer Meißner im benachbarten Lobsdorf wurde am Freitag abend von einem epileptischen Anfall heimgeführt, als sie sich im Zimmer befand. Dabei riß die Frau die brennende Petroleumlampe von sich, diese explodierte und die Flammen ergriffen die Kleider der unglücklichen Frau. Die Frau erlitt so schwere Verletzungen, daß sie nach wenigen Stunden starb.

Deffau, 7. Dez. Unter dem Verdachte des betrügerischen Bankrotts wurde hier der Kommissionsrat Hermann Graul, Inhaber der jüngst in Konkurs geratenen Getreidefirma Hermann Graul, verhaftet.

Gotha, 7. Dez. Ein blutiger Vorgang, der eine Folge gewerkschaftlicher Heerei ist, spielte sich auf dem Hofe der hiesigen Arnoldschen Brauerei ab. Auf diesen war bis vor längerer Zeit ein als fleißiger Arbeiter bekannter Braubursche namens Ludwig beschäftigt. Da er aber ablehnte, sich der sozialdemo-kratrischen Organisation als lätiges Mitglied anzuschließen, war er mehrfachen Quälereien von seiten seiner Arbeitsgenossen ausgesetzt; unter letzteren trat vor allem der Brauer Kühn ein. Es gelang seinen Gegnern, seine Entlassung herbeizuführen. Ludwig trat nun aus dem Brauereverbande aus und ging nach Dortmund, wo er aber erst Arbeit erhalten konnte, als er dem Verbands wieder beigetreten war. Inzwischen soll ihm auch dort durch Nachreden, als deren Urheber er Kühn anfaß, die Stellung verleidet sein. Vor einigen Tagen schrieb Ludwig an Kühn und bat ihn, ihn hier wieder Arbeit zu verschaffen; er werde sonst ihn für sein Mißgeschick verantwortlich machen. Ludwig traf hier am Donnerstag ein und ging in die Brauerei, wo er Kühn anredete. Als dieser seine wiederholte Bitte um Vermittelung mit höflichen Worten zurückwies, zog Ludwig einen Revolver und schoß seinen Gegner nieder. Kühn war durch einen Schuß in das Becken schwer verletzt. Ludwig ging dann zur Polizei, um sich selbst zu stellen; er wurde aber schon unterwegs festgenommen.

Gotha, 7. Dez. Auf der in Friedrichroda ver-anstalteten Hauptversammlung des Evangelischen Bundes teilte Oberhofprediger Schulz-Gotha im Namen des Herzogs mit, daß dieser beabsichtigt, zu der im Jahre 1917 stattfindenden vierhundertjährigen Jubelfeier der Reformation die alte Kapelle auf der Weste Rothburg wiederherstellen zu lassen. Es ist dies dieselbe Kapelle, in welcher Tr. Martin

Zweite Beilage.

Lokalnachrichten.

Heilbehandlung seitens der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Nach dem ersten Geschäftsbericht über die Lungenheilstätte der genannten Anstalt bei Schielo (Witzbar) war die Befugung derselben keine gleichmäßige. So beträgt die Bettenzahl zurzeit 140, die nicht ausreichen, um den Andrang im Sommer bewältigen zu können. Gerade Frühjahr und Sommer zeichnen sich auch hier, wie in fast allen Heilstätten, durch eine Hochflut von Kurplatzbesuchern aus, während in den Herbst- und Wintermonaten darin Ebbe eintritt. Es hat dies seinen Grund in der noch vielfach im Laien- und auch im ärztlichen Publikum verbreiteten Anschauung, daß die Sommerkuren am nützlichsten wären. Da ist nun oft die Erfahrung gemacht, daß Patienten im Herbst zu kranken anfangen, daß sie sich bis Frühjahr in ihrem Arbeitsverhältnis hinarbeiten und erst im Sommer Antrag auf Aufnahme stellen. Dann ist aber oft das Leiden derart vorgeschritten, daß die Aussichten auf Besserung schlechter sind. Deshalb wird hier ganz besonders betont, daß Sommer- und Winterkuren gleichen Heilerfolg haben, wenn nur der Kranke frühzeitig genug kommt. — Auf diese frühzeitige Aufnahme — gleichviel ob Sommer oder Winter — ist der Hauptwert zu legen. Für viele ist sogar die Winterkur zweckdienlicher, weil sie sich im Sommer und Frühjahr auch in der Heimat und in der Halberstadter Heilstätte erholen und ohne Gefahr im Freien aufhalten können. Im Herbst und Winter dagegen ist dies nicht möglich, weil die Einrichtungen selbst, während in den Heilstätten auch in diesen Jahreszeiten ein dauernder Aufenthalt im Freien ermöglicht wird. Aufgenommen wurden in der Zeit vom 3. Oktober 1905 bis 30. Juni 1908 1432 Personen, davon blieben am 30. Juni 1908 als Verblieb 138, so daß 1294 zur Entlassung kamen. Von diesen wurden entlassen als erwerbsfähig 1144, als erwerbsunfähig 145, gestorben sind 5.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Seit in der Zeit des österreichischen Regierungsjubiläums, das unter so großer Teilnahme gefeiert wurde, erinnert man sich kaum noch der Zeit, vor 60 Jahren, in der es gewaltig unruhig im österreichischen Kaiserstaate zugeht. Damals, 7. Dezember 1848, erklärte der ungarische Reichstag die Thronentsagung des Kaisers Ferdinand für ungültig und wogegen die Anerkennung Franz Josephs, da über den ungarischen Königsthron ohne Befragung der Nation niemand verfügen könne. Das bedeutete selbstverständlich den Krieg bis aufs Messer, der sich denn auch bis in den August 1849 hinzog. Nur mit russischer Hilfe gelang es schließlich Österreich, die Aufständischen zu besiegen und langer Jahrzehnte hat es unruhig bedurft, um Ungarn durch zahlreiche Anstöße wieder zu einem treuen Teile der Monarchie zu machen.

Vor 90 Jahren, am 8. Dezember 1818, starb der Großherzog von Baden Karl Ludwig Friedrich, ein Fürst, der zwar nicht besonders hervorgetreten ist, aber durch eine Tat in der deutschen Geschichte Bedeutung gewonnen hat. Nach dem Eintritt der Ruine in Deutschland war er in Gefahr, den kaiserlichen Bayern gegenüber und in Folge seiner Stellung zu Napoleon vor dem Befreiungskampfe, sein Land oder einen Teil desselben zu ver-

lieren; indes ging die Gefahr durch Preußens und Russlands Helfend vorüber. Am nun die Bevölkerung wegen an das Fürstentum zu setzen, gab der Großherzog, wenige Monate vor seinem Tode, dem Lande eine Verfassung, die ziemlich liberal war und vor allem die Gleichheit vor dem Gesetze anerkannte. So kam es, daß Baden sich unter den ersten deutschen Staaten befindet, die eine Verfassung erließen.

Vermischtes.

* Graf Guido Hertel von Donnersmarck verunglückt. Der ergeborene Sohn des Fürsten von Donnersmarck ist am 8. d. M., wie ein Telegramm aus München meldet, von einem schweren Unfall betroffen worden. Der einundzwanzigjährige Graf stürzte beim Nobelen am Wallberg bei Eggen am Tegernsee. Er rannte an eine Telegraphenstange und trug außer einer Gehirnerschütterung eine schwere Knochenverletzung am Fuß davon.

* Ein grauflüchtiger Mord ist im hiesigen Gefängnis angeheben. Hier hat für den hiesigen Gefängnisbeamten, der auf Anträge des Ermordeten zu einer mehrtägigen Gefängnisstrafe verurteilt worden und wollte sich an ihm rächen. Da er es aber nicht wagte, dem großen, starken Mann allein gegenüberzutreten, machte er gemeinsame Sache mit dem bereits mit sechs Jahren Zuchthaus vorbestraften Arbeiter Heinrich Karl Hans erschoss seine Frau und erschlug dann sich selbst.

* Ein dem Bergbau in Italien. Den zahlreichen Bergwerken zum Opfer gefallen sind, nicht dem 3. d. M., noch nachstehender Bericht zu Rom, 4. Dez. Der geistige Bergbruch erfolgte im Tal von San Loran, etwa 6 Kilometer von Vigorbo, das vom Lagojo-Bach durchflossen wird, und an dem die Ortsgemeinden Bra, Lagomas und Sol liegen. Ein Teil des Paleio-Sanloano-Berges löste sich in Höhe von etwa 300 Meter ab, und etwa 200,000 Kubikmeter Geröll verflutete das Tal. Es sah aus, als ob eine vulkanische Eruption die Hüter vernichtet. Das Unglück war das Wert eines Augenblicks. Der geborene Fels ist dolomitischer Natur, daher leicht zersehbar und leicht. Die letzten starken Fröste spielten besonders gefährlich auf das Gestein eingewirkt zu haben. In zwei riesigen Massen rollten die Felsmassen ab und schlugen auf eine Front von etwa 800 Meter Breite und heugruben alle vor ihnen liegenden Häuser. In einigen Stellen erreichten die Geröllmassen 100 Meter Höhe. Der Sturm, der bei der Katastrophe aufgewirbelt wurde, bedeckte alles im Umkreise von zwei Kilometern. Inert hilflos bereit zur Stelle waren die Arbeiter und Bergbesitzer der Bergschule von Taloon, sowie Förster und Carabinieri. Aber es gab fast nichts mehr zu helfen und zu retten, da alles zerstört war. Man fand anfangs nur Leichen. Drei Familien sind vollständig begraben; der einzige Überlebende einer achtköpfigen Familie ist ein neunjähriger Greis. Gänzlich konnte man einige Verwundete finden, elf im ganzen. Der Zusammenbruch des Berges wurde schon seit vierzig Jahren vorausgesehen und kündigte sich fortwährend durch kleinere Abbrüche an, auf die aber leider niemand achtete.

* Über einen schweren Unfall bei einem Brande wird aus Österreich (Ostpreußen) berichtet: Am 2. d. M. wurde ein Haus der Wilhelmstraße nach Freitagabend Feuer aus. Bei dem Löscharbeiten stürzte, wie die „Ostpreu. Zeitung“ meldet, eine hohe Schie-

leifer der Feuerwehre um. Von vier auf der Leiter stehenden Feuerwehrleuten wurden drei schwer und einer leicht verletzt. Später wurde in einer Wohnung des brennenden Hauses der Glaser Kuppel tot aufgefunden, der bei der Unfälle, ein angeblich noch in der Wohnung befindliches Kind zu retten, erstickt war.

* Eine eintreffende gerichtliche Untersuchung des Fürstlichen Reichsgerichts hat jetzt schon erledigt. Später wurde in einer Wohnung des brennenden Hauses der Glaser Kuppel tot aufgefunden, der bei der Unfälle, ein angeblich noch in der Wohnung befindliches Kind zu retten, erstickt war.

* (Freiwillige Hungerkuren eines Gefangenen.) Der im Mannheimer Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befindliche Ein- und Auswärtiger Arbeiter hat jetzt schon volle 18 Tage lang keine Speise zu sich genommen. Während der ganzen Zeit hat er nur Wasser getrunken. Während des ganzen Tages liegt er flauer auf dem Rücken in seiner Zelle, ist begrifflich sehr beweglich sehr bemüht, bekommen, aber dennoch nicht zu bewegen, seine Hungerkur aufzugeben. Sein Pulsschlag ist ziemlich normal. Nach Ansicht des Landesgerichtsarztes ist es nicht anzunehmen, daß der Gefangene getötet wird. Dem Sachverständigen ist in seiner langjährigen Praxis schon ein Fall vorgekommen, daß ein Gefangener 29 Tage lang hungert hat, dann nach dem Krankenhaufe gebracht wurde und am folgenden Tage entwich ist.

* (Schreckmord.) Beginn in der Kaserne in Stalupönen der Unteroffizier Wehagen von der 3. Eskadron des Mannheimer Grenadier-Regiments Nr. 1, indem er sich mittels eines Karabiners, der mit einer Patrone geladen war, durch einen Schuß in den Mund erschoss. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt. Er wurde im fünften Jahre.

* Das Automobil des Prinzen Oskar von Preußen verbrannt. Auf der Charlottenburger Chaussee ist am Sonntag, den 27. d. M., ein Automobil des Prinzen Oskar gebrannt. Die Ursache ist nicht bekannt. Der Chauffeur, der rechtzeitig abspringen konnte, erlitt eine Brandwunde. Das Automobil, in dem sich niemand befand, ist verbrannt.

* (In einer Arbeiterkolonne gefahren.) Der von Berlin nach Berlin kommende Bergarbeiterzug 202 ist am Sonntag, den 27. d. M., in der Nähe der Charlottenburger Brücke in Berlin in einer Arbeiterkolonne geblieben. Zwei der Arbeiter wurden vom Zuge erlöst, einer ist leicht verletzt, der andere schwer. Der Unfall ist vermutlich auf den dichten Nebel zurückzuführen.

(Umfrage über Untererschlagungen) wurden bei der Maschinenfabrik Franz Jäger in Duisburg erhebt. Die untergeschlagenen Beträge betragen sich auf 70000 Mark. Ein langjähriger Buchhalter wurde verhaftet.

* (Eine Schauplatter in Flammen.) Bei der Aufführung des Weihnachtsmärchens „Abdank und das Bauernschinderl“ im Intermittentheater in Wafel gerieten die Heizer der Schauplatter Fritz Fiala, die die Hauptrolle spielten, in Brand. Die Schauplatter wurde schwer verletzt ins Spital gebracht.

* (Ein billiger Platz.) Eine Besichtigung zur Stadt gelommene Bauersfrau wurde von ihrem dort anlässigen Sohne aufgefunden, mit ihm in ein Varietetheater zu gehen. Sie erkundigte sich nach dem Preise. „Barrett kostet 2 Mk., Galerie 1 Mk. und Programm 10 Pf.“, berichtete er. „Gut, mein Sohn“, meinte sie, „dann können wir ja im Programm sitzen.“

Reklameteil.

Absolut Bestes gegen alle rote, rauhe und spröde Haut ist nur die von vielen ärztlichen Autoritäten empfohlene Original-Teerschwefel-Seife. Alleine edle Marke: Treud mit Erdung u. Kreuz von Bergmann & Co., Berlin, vorm. Frankfort a. M. St. 30. Hg. Stadt u. Dam. Apotheke

Adolf Schäfer

Entenplan 7.

Unterzeuge



Hemden, Hosen, Jacken in großer Auswahl.

Infolge großer eigener Fabrikation in unserer Wäsche-Näherei bieten wir besonders vorteilhaft

Herren-Tag-Hemden



Marke 8001 aus Hemdentuch Mk. 2.20. Marke 8002 aus Hemdentuch Mk. 2.60. Marke 8003 aus Hemdentuch Mk. 3.—. Marke 8010 aus Oxford Mk. 3.—. Marke 8021 aus gebelgt. Vordruckt Mk. 2.60. Marke 8022 aus gebelgt. Vordruckt Mk. 3.—.



Weiße Oberhemden

mit Handblüchsen 3,75, 4,30, 5,50 mit festen Manschetten 4,20, 5,30, 6.—

Farbige Oberhemden 4,50, 5.—, 5,80, 6,80.

Anfertigung in kürzester Frist. Garantie für vorzüglichen Sitz. Verarbeitung nur bester Stoffe.

Herren-Nachthemden



Marke 8100 Mk. 3.10. Marke 8150 Mk. 3.25. Marke 8180 Mk. 3.50. Marke 8200 Mk. 3,90.

Kollegium - Adressen:
Correspondent Merseburg.
Fernsprecher Nr. 324.

Merseburger

Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Guldrube 8.

Correspondent.

Wöchentliche Gratisbeilage:
4seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Wöchentliche Gratisbeilage:
4seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Wöchentliche Gratisbeilage:
4seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Nr. 288.

Dienstag den 8. Dezember 1908.

35. Jahrg.

Über die deutschen Schulpläne für China

machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz, in der Verbandsfestsitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft bemerkenswerte Ausführungen. Der neue Kolonialetat enthalte für Kiautschou die Anforderung einer Summe für die Begründung deutscher Lehranstalten für Chinesen. Es sollen in Tsingtau eine Reihe von Schulen in systematischem Aufbau errichtet werden, und zwar eine Anstalt, die man etwa als Realschule bezeichnen könnte als Unterbau und, auf diese sich aufbauend, mehrere fachwissenschaftliche Schulen, nämlich eine technische und eine medizinische, eine staatswissenschaftliche und eine forst- und landwirtschaftliche Anstalt, alle diese zusammen sollen gewissermaßen eine deutsch-chinesische Hochschule bilden.

Alle anderen Nationen haben längst schon mit großen Mitteln sich der Aufgabe gewidmet, für die Verbreitung ihrer Sprache und Kultur in Ostasien zu wirken. Deutschland allein, dessen Handel in jenen Ländern doch an einer der ersten Stellen steht, hat bisher keinerlei nennenswerten Einfluß auf das chinesische Schulwesen gewonnen, und dabei dürfte man ohne Überhebung wohl sagen, daß das deutsche Schulwesen hinter dem feineren anderen Nation zurückstehe. Befremdlich werden gerade gegenwärtig in China mit großer Energie die Bestrebungen zu einer Reform des Schulwesens betrieben. Die leitenden Stellen in China sind sich hierbei völlig bewußt, daß eine moderne Gestaltung des chinesischen Bildungswesens die unentbehrliche Grundlage jeder lebensfähigen Modernisierung des Staatswesens bilden muß. Man hat in den führenden Kreisen in China bald volles Verständnis und viel Sympathie für eine Beteiligung gerade des deutschen Schulwesens bemerkt. Diese Sympathie macht sich in der Bereitwilligkeit geltend, die geplanten deutschen Schulen sowohl durch bare chinesische Staatszuschüsse als auch durch die Zureisung eines geeigneten Schülermaterials und fernerhin durch die Zulassung der von uns Anstalten abgehenden Schüler zu den chinesischen Staatsprüfungen und Staatsstellenungen zu fördern. Wenn der Reichstag die erforderlichen Mittel bewilligt, so werden wir in der Lage sein, mit der chinesischen Regierung ein Abkommen zu treffen, das alle die genannten Punkte in einer beiderseitigen befriedigenden Weise regelt. Voraussetzung hierbei ist aber, daß wir nicht lange zögern; es handelt sich dabei, wie Herr v. Tirpitz betonte, keineswegs um unverhältnismäßig große Summen. Die gesamte Schulanlage wird bis zu ihrer Fertigstellung etwa 600 000 Mfl. an einmaligen Ausgaben und mit Vollbetrieb etwa 130 000 Mfl. an fortlaufenden Ausgaben erfordern. Der Reichstag hat für das laufende Etatsjahr eine kleine Kaufsumme zur Vorbereitung des ganzen Planes bewilligt. Diese Summe ist zu Vorstudien in China selbst verwendet worden, und man kann jetzt mit einem nach jeder Richtung durchgearbeiteten Plane hervortreten. Namentlich aber muß es auch unser allerdringendster Wunsch sein, daß keine weitere Verzögerung für das deutsche Vorgehen eintritt. Denn wenn wir den gegenwärtigen günstigen Zeitpunkt vorbeistreichen lassen, so werden wir nach Ansicht des Staatssekretärs aller Voraussicht nach nie wieder eine gleich vorteilhafte Gelegenheit finden. China würde es nicht verstehen, wenn das große Deutsche Reich sich außerlands erklärt, mit seinen kulturellen Hilfsmitteln an den ihm völlig gebotenen Platz zu treten. Andere Nationen würden sich ohne allen Zweifel beilen, diesen Platz einzunehmen. Es sei klar, daß damit unsere wirtschaftlichen Ausichten in Ostasien einen schweren und nie wieder gutzumachenden Stoß erleiden würden.

Das deutsch-chinesische Schulprojekt habe aber, so schloß der Redner, noch eine weitere Bedeutung. Es zeige jedem, daß wir in Ostasien nichts anderes anstreben, als eine friedliche Beteiligung am Wirtschaftsleben und an der neu aufstrebenden kulturellen Entwicklung jenes Gebietes. Und mit aller Bestimmtheit möchte ich auch an dieser Stelle, wie so oft schon,

es aussprechen, daß insbesondere die Marineverwaltung die ihr bei der Entwicklung des deutschen Schutzgebietes in Ostasien gestellte Aufgabe lediglich darin aufsaßt, einen festen Stützpunkt zu schaffen, von dem aus jene friedlichen kulturellen Bestrebungen ihren Ausgang nehmen können über die weiten und zukunftsreichen Gebiete Ostasiens hin.

Ein Vertrauensvotum für die auswärtige Politik des italienischen Ministeriums

hat am Freitag, wie schon in vor. Nr. kurz gemeldet, die Deputiertenkammer beschlossen, indem sie mit 297 gegen 140 Stimmen den Antrag Fusinato annahm, in dem die äußere Politik der Regierung gebilligt wird. Dem Beschlusse gingen zwei bedeutende Ministerreden vorher, indem Tittoni und nach ihm Giolitti die Richtlinien der auswärtigen Politik Italiens abermals darlegten.

Der Minister des Auswärtigen, Tittoni, setzte große Hoffnungen auf den Zusammentritt einer neuen Orientkonferenz. Hierbei und über Verhältnis zu Österreich äußerte sich der Minister zunächst wie folgt: Die Verhandlungen der Konferenz werden den Vorteil bieten, daß vermieden wird, daß man sich hinsichtlich territorialer Kompensationen, die die Konferenz nicht gewöhnliche Missionen hingibt. Die jüngst an der Unklarheit von Wien vorgetragene Konflikte kann man nur bedauern, und ich bedaure sie lebhaft. Der Minister des Auswärtigen darf den Gehilfen der Nation nicht fremd bleiben und darf bestimmt nicht verneinen, daß ein Bündnis nicht einen Vorzug darstellt, sondern, seine eigene Stimme in Unabhängigkeit vernahmen zu lassen. Natürlich können wir uns aber formell nicht in die inneren Angelegenheiten Österreichs mischen. Es ist aber den beiden verbündeten und befreundeten Regierungen gestattet, sich gegenseitig in vertretlicher Weise auf Zeitfragen aufmerksam zu machen, die bei den beiden Völkern Sympathie oder Wohl erwachen können. Das habe ich zu gelegener Zeit getan und bin dabei auf die beste Aufnahme getroffen. Die österreichische Regierung hat durch öffentliche Erklärungen Maßregeln versprochen, die der Sanction des österreichischen Parlaments unterliegen. Man darf nicht vergessen, daß kein Parlament der Welt einen Druck von außen dulden würde. Jedermann, auch der innerlichste, muß also in Ruhe ab-



warten, bis ein Bündnis nicht einen Vorzug darstellt, sondern, seine eigene Stimme in Unabhängigkeit vernahmen zu lassen. Natürlich können wir uns aber formell nicht in die inneren Angelegenheiten Österreichs mischen. Es ist aber den beiden verbündeten und befreundeten Regierungen gestattet, sich gegenseitig in vertretlicher Weise auf Zeitfragen aufmerksam zu machen, die bei den beiden Völkern Sympathie oder Wohl erwachen können. Das habe ich zu gelegener Zeit getan und bin dabei auf die beste Aufnahme getroffen. Die österreichische Regierung hat durch öffentliche Erklärungen Maßregeln versprochen, die der Sanction des österreichischen Parlaments unterliegen. Man darf nicht vergessen, daß kein Parlament der Welt einen Druck von außen dulden würde. Jedermann, auch der innerlichste, muß also in Ruhe ab-

ausprechen, daß im Falle einer Änderung des status quo auf dem Orient das Nationalitätsprinzip maßgebend sein sollte und daß stets die aufrichtigste Sympathie für die italienischen Interessen bewahrt habe. Aber sie habe nicht eine Sage ändern können, die seit 30 Jahren mit Zustimmung der ganzen Welt - Italien einbezogen in Bosnien und der Herzegovina geschlossen worden war.

Tittoni erklärte weiter, er habe Sympathie für Serbien und Montenegro, und fuhr dann fort: Italien mußte den beiden Ländern aber das selbe sagen, was ihnen Rustan gesagt hat, nämlich, daß wir zu ihren Gunsten nur eine diplomatische Aktion unternommen können. Wir haben sie deshalb ermahnt, sich nicht auf Abenteuer einzulassen, deren Folgen sie allein zu tragen haben würden. Übrigens müssen Serbien und Montenegro ihre Streitkräfte einengen. Wenn alle Balkanstaaten einen engen Bund schließen und so einen stabileren Schutzbund bilden werden gegen alle Verfechtung aus dem Osten, dann werden die drohenden Gefahren für den Orient nicht mehr eine fähige Gefahr und Drohung für den europäischen Frieden sein. Was die Türkei betrifft, so hat die dort in friedlicher Weise durchgeführte Revolution gezeigt, einen wie reinigenden Einfluß die Freiheit ausübt. Italien begrüßt das neue Regime in der Türkei mit Sympathie. Wir haben mehr als andere ein Interesse, es zu unterstützen und daran, daß die Türkei glückselig und stark sei. Unsere Bemühungen um den Frieden und den Fortschritt der Balkanstaaten vereinigen sich mit denjenigen der anderen Mächte, besonders mit denjenigen Russlands. Ich habe mich bemüht, Rußland und Italien in höhere Beziehungen zu bringen und die Annäherung zwischen Rußland und Italien die beste eine vollendete Tatsache, die nicht ohne wichtige Folgen für die Zukunft sein wird. Der Minister erklärte, daß Italien mit dem näher interessierten Völkern sich verständig habe, um die schnelle Fertigstellung der Donau - Arden - Bahn, von der Serbien und Montenegro ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erwarten, zu sichern. Der Minister stellte sodann mit Befriedigung fest, daß das neue Regime in der Türkei alle Mißverständnisse und jeden Argwohn zwischen Italien und der Türkei zerstreut habe und daß die geschäftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen ein Gepräge von so aufrichtiger gegenseitiger Sympathie und von so hohem Vertrauen trügen wie nie zuvor. Redner besprach sodann die für die Annexion möglichen Kompensationen und erklärte, außer der Befreiung Bosniens könnten jetzt nur zwei Artikel des Berliner Vertrages als die Interessen Italiens schädigend angesehen werden, nämlich die Artikel 25 und 29. Nachdem diese Artikel ausgeführt oder geändert sein würden, könnten die Interessen geben, seine Interessen in der besten Weise gewahrt zu haben. Der Minister wies dann darauf hin, wie wichtig es für Italien sei, daß der Artikel 25 unterdrückt und Artikel 29 abgeändert werde, und stellte fest, daß alle diejenigen, die sich seit 1878 mit diesem Punkte beschäftigt hätten, übereinstimmend diese beiden Artikel als den italienischen Interessen widersprechend anführten.

Zum Schluß beleuchtete der Redner die allgemeinen Ziele der von Italien verfolgten auswärtigen Politik wie folgt:

Ich frage mich, ob die jüngsten Ereignisse unsere Haltung gegenüber den verbündeten Staaten und befreundeten Nationen ändern müssen. Ich glaube fest, daß wir in unserer Politik der Bündnisse und Freundschaften, die wir bisher verfolgt haben, verharren sollen, weil es die einzige Politik ist, die unseren Interessen entspricht und die Italien machen kann. Das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn, dem wir treu bleiben, darf kein Hindernis sein für unsere traditionelle Freundschaft mit England, für unsere erneuerte Freundschaft mit Frankreich und für unsere jüngste Verständigung mit Rußland. Während wir im Auslande mit Sympathie als ein loyales Element des Friedens und des Gleichgewichts angesehen werden, so fordern in Italien einige unruhige und ungebildete Geister von uns, daß wir wählen sollen zwischen Bündnissen und Freundschaften. Diese Forderung lehne ich kategorisch ab. Die jegliche auswärtige Politik der Regierung ist die einzige, die für Italien rationell ist. Der Minister hob in seinen weiteren Ausführungen den Zusammenhang zwischen der auswärtigen Politik und den militärischen Ausgaben hervor und wies entschieden die der Regierung ausgeübte Ansicht zurück, daß Italien stets nachgeben müsse, weil es sich fürchten müsse. Ein Minister jedoch, der ohne einen sehr schwerwiegenden und entscheidenden Grund das Land in einen unglücklichen Krieg führen würde, begäbe ein Verbrechen gegen das Vaterland und gegen die Menschlichkeit. Es sei nötig, daß von der Regierungsbank dieses Wort ausginge, daß ohne unparteilich zu sein. Ruhe und Frieden verberge. In diesem Sinne, fuhr der Minister fort, soll die Entwidlung unserer Rüstungen verstanden werden. Wer wirklich eine Politik des Friedens will, muß die Politik der Regierung billigen. Der Minister schloß mit dem Wunsch, daß die parlamen-